

Amerika steht unter Schock

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 21. bis 27. Juli 2012

(sw) Der Amoklauf in einem Kino in Colorado während der Premiere des neuen Batmanfilms, bei dem zwölf Menschen starben, hat in den Vereinigten Staaten die Debatte um strengere Waffengesetze wieder entfacht. Die *New York Times* kritisierte sowohl US-Präsident Obama, als auch den designierten Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, Mitt Romney, wegen ihres Schweigens zu strengeren Waffengesetzen. Die Zeitung verglich das Bestellen von 6.000 Kugeln Munition mit einem Musikdownload aus dem Internet. Das gesetzliche Verbot des Besitzes von Sturmgewehren war 2004 abgelaufen. Obama hatte sich während seines Wahlkampfes 2008 für eine Verlängerung des Gesetzes ausgesprochen, dies allerdings nie umgesetzt. Romney war zeitweilig ebenfalls für die Verlängerung, hat seine Position inzwischen jedoch revidiert. Die *Washington Post* warnte vor einem Kreislauf aus Amoklauf - Diskussion - Untätigkeit - Amoklauf. Gegner strengerer Waffengesetze, insbesondere die Lobbyisten der National Rifle Association (NRA), behaupten, mehr Waffen führten zu mehr Sicherheit, und haben daher kritisch gefragt, warum kein Kinobesucher bewaffnet gewesen sei und seine Waffe eingesetzt habe. In den Vereinigten Staaten sterben jeden Tag 80 Menschen durch Schusswaffen.

Am Mittwoch hat der US-Senat mit einer Mehrheit von 51 zu 48 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, dass Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu \$ 250.000 Steuervergünstigungen verschafft. Gleichzeitig werden die Steuern für Wohlhabende erhöht. Laut aktueller Umfragen unterstützt die Öffentlichkeit dieses Gesetz. Die Republikaner im Senat befürworteten dagegen gesetzliche Steuererleichterungen bei der Erbschaftssteuer, die vor allem Wohlhabenden genützt hätten. Die *Washington Post* kritisierte Obamas während des Wahlkampfes 2008 gemachtes Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, als unverantwortlich. Beim derzeitigen Schuldenstand von \$15,9 Billionen sei dies schwer einzuhalten. Stattdessen schlägt die Fraktionsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi, vor, dass erst Familien mit einem Jahreseinkommen von über einer Million Dollar als „wohlhabend“ gelten sollten.

Währenddessen versuchte Romney auf seiner sechstägigen Europatour diplomatisches Geschick zu beweisen, wobei ihm allerdings mehrere Fauxpas unterliefen. Einen Tag vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in London zweifelte Romney öffentlich daran, dass die Stadt ausreichend auf die Spiele vorbereitet sei. Der britische Premier Cameron konterte mit einer bissigen Anspielung auf die von Romney organisierten Olympischen Spiele in Salt Lake City 2002. Auf Fragen nach seiner Außenpolitik entgegnete Romney, er nehme dazu im Ausland keine Stellung. Außerdem hat Romney Journalisten von einem geheimen Treffen mit dem britischen Geheimdienst MI-6 erzählt.

Quellen:

New York Times

Washington Post

Los Angeles Times